

Länder

Mit Umverteilen aus der Krise?

Von Guenther Sandleben / 28. Juli 2016

Die Verteilungsfrage ist derzeit in aller Munde. In den USA hat Bernie Sanders die wachsende Ungleichverteilung von Vermögen und Einkommen in den Mittelpunkt seines Wahlkampfes gestellt. Sein Argument: Die ansteigende soziale Ungleichheit zeige sich darin, dass die 400 Reichsten mehr Geld hätten als die 150 Millionen Ärmeren. Diese müssten für immer weniger Lohn immer länger arbeiten, während man bei den anderen ein kontinuierliches Ansteigen des Vermögens und der Einkommen erkennen könne.

Die Verteilungsfrage ist derzeit in aller Munde. In den USA hat Bernie Sanders die wachsende Ungleichverteilung von Vermögen und Einkommen in den Mittelpunkt seines Wahlkampfes gestellt. Sein Argument: Die ansteigende soziale Ungleichheit zeige sich darin, dass die 400 Reichsten mehr Geld hätten als die 150 Millionen Ärmeren. Diese müssten für immer weniger Lohn immer länger arbeiten, während man bei den anderen ein kontinuierliches Ansteigen des Vermögens und der Einkommen erkennen könne.

In Europa hat die Verteilungsdebatte seit der Krise von 2008 an Bedeutung gewonnen. Zahlreiche empirische Untersuchungen zur Verteilungsfrage sind die Folge, mit dem Resultat, dass die Ungleichverteilung von Vermögen und Einkommen auffallend groß und dass sie seit den 1980er Jahren gewachsen sei. Heute besitzen, wie Oxfam herausgefunden hat, 1 % der Weltbevölkerung fast die Hälfte des Weltvermögens. Dass diese Ungleichheit keine zufällige, sondern eine notwendige Erscheinung des Kapitalismus ist, hat Thomas Piketty für verschiedene Länder illustriert.

Was ist zu tun, um die Verteilungsverhältnisse zu ändern und wäre die Umverteilung ein Mittel, aus der Wirtschaftskrise herauszukommen?

Armut als Motor der Reichtumsproduktion?

Krisen würden durch eine Umverteilung von oben nach unten eher verschärft als gemildert, kommentieren bürgerliche Autoren die Verteilungszahlen. Die Ungleichverteilung sei nicht nur nützlich, weil dadurch ein Leistungsansporn entstehe, der zu größerem Reichtum führe, von dem irgendwann auch die Armen etwas hätten („Trickle-down-Effekt“). Sie sei zudem ein natürliches Phänomen menschlicher Gesellschaften.

Schon vor 200 Jahren versuchte Thomas Malthus die Armut als ein schmerzliches Gesetz der Natur zu rechtfertigen mit dem politischen Ziel, dass kein Armer ein Recht auf Unterstützung habe. Da die Bevölkerung geometrisch, die Nahrungsmittel aber nur arithmetisch wachsen würden, sei die Armut eine Naturnotwendigkeit. Die Menschen selbst müssten sich als die Hauptursache ihres Elends betrachten. Malthus sei ein „Apologet“, schrieb Rosa Luxemburg, weil er die Widersprüche der kapitalistischen Produktion „brutal zum Naturgesetz erhebt und absolut heiligspricht“.¹

Malthus Lehre von der naturgemäßen Armut ist im heutigen neoklassisch-keynesianischen Dogma noch enthalten, wenn gesagt wird, dass die Löhne nicht höher sein könnten als das mit der Produktionsausweitung fallende Grenzprodukt der Arbeit.

Vollbeschäftigungskapitalismus? Eine Utopie von links!

Gewerkschaften, soziale Bewegungen, darunter Attac sowie das Aktionsbündnis Umfairteilen und nicht zuletzt die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik kämpfen für „mehr Verteilungsgerechtigkeit“. „Eine immer größer werdende Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen ist im Kapitalismus systemisch verankert“, heißt es bei Attac². Deswegen seien politische Korrekturen notwendig. „Im aktuell vorherrschenden finanzmarktgetriebenen Kapitalismus gilt das umso mehr, da hier das Auseinanderdriften der Gesellschaft bei der Verteilung des Wohlstandes besonders dynamisch ist.“

Vor allem niedrige Einkommen sollten stärker steigen. Sozialpolitik sei wichtig. Ebenso die Steuerpolitik. Gefordert werden kräftige Erhöhungen des Spitzensteuersatzes der Einkommenssteuer, der Körperschafts- und der Erbschaftssteuer, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Der Fall der Lohnquote müsse gestoppt und umgekehrt werden.

Höhere Löhne, so die Argumentationskette, würden zu mehr Nachfrage und zu mehr Beschäftigung führen. Der Wohlstand nehme auf diese Weise allgemein zu. Für alle wäre gesorgt, selbst für die Unternehmer, die nun nicht mehr durch Krisen geschädigt würden. Ein allseitig zufriedenstellender Vollbeschäftigungskapitalismus scheint durch politische Verteilungskorrekturen erreichbar zu sein.

Schön! – aber warum hat sich dieser einfache Gedanke nicht so einfach durchgesetzt? Warum ist die Umverteilung von oben nach unten Utopie geblieben, während die tatsächliche Wirtschaftsentwicklung Gegenteiliges hervorbrachte? Die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik argumentiert seit 40 Jahren gegen die wachsende Ungleichverteilung – ohne Erfolg. Was ist schief gelaufen?

Um das Problem zu lösen, muss die Verteilungsfrage neu gestellt werden. Wie verhalten sich Einkommens- und Vermögensverteilung zueinander? Worin besteht die Ursache, dass der Kampf um eine nachhaltige Umverteilung von oben nach unten gescheitert ist – gescheitert nicht nur in den zurückliegenden 40 Jahren, sondern historisch gescheitert ist?

Der blinde Fleck in der Verteilungsfrage

Auffallend ist, dass die Verteilung der Vermögen eine größere Ungleichheit aufweist. Beispielsweise hat die Bundesbank in ihrer Befragungs-Studie „Private Haushalte und ihre Finanzen“ (PHF) für die deutsche Bevölkerung herausgefunden, dass die reichsten 10 Prozent rd. 60 % des Nettovermögens besitzen und rd. 37 % des Nettoeinkommens erhalten würden.

Die ungleiche Vermögensverteilung dient als Quelle für die ungleiche Einkommensverteilung. Denn Unternehmensprofite, Zinsen, Dividenden, Pacht- und Mieteinnahmen sind die Konsequenz entsprechender Vermögenspositionen, deren Konzentration zu einer Anhäufung entsprechender Einkommen führt. Umgekehrt speist eine Konzentration der Einkommen die Konzentration von Vermögen.

Der Anteil am Nettovermögen „ist vermutlich unterschätzt“, bemerkt die Studie weiter. „10 % der Haushalte besaßen 2014 einen Betrieb oder ein Unternehmen, in dem sie eine aktive Rolle ausübten“.

Unternehmensbesitz spiele eine wichtige Rolle nur bei den reichsten 10 %. (Monatsbericht 3/2016)

Der „Unternehmensbesitz“ mit dem darin enthaltenen Betriebsvermögen scheint eine besondere Bedeutung zu haben, wie durch andere Erhebungen bestätigt wird. Das bekannte Krelle-Gutachten wertete die Vermögensteuerstatistik aus und kam zu dem Resultat, dass 1,7 % der bundesdeutschen privaten Haushalte über 73,5 % (in 1960) bzw. über 77,4 % (Fortschreibung für 1980) des Betriebsvermögens verfügen. „In Deutschland befinden sich über 90 % der Betriebsvermögen im Eigentum der vermögendsten 10 % aller Familien, den Löwenanteil besitzt die Oberschicht des reichsten 1 %“³

Die Verteilung des Betriebsvermögens hat eine Besonderheit: Es handelt sich hier keineswegs nur um eine Frage fehlender Gleichheit oder Gerechtigkeit, weil der eine mehr, der andere weniger hat. Der Umfang der Ungleichheit offenbart eine spezifische Struktur, die in der Polarität von Besitz und Nicht-Besitz besteht.

Zum „Betriebsvermögen“ zählen sämtliche Gegenstände, die nach ihrer Art und Funktion in einem betrieblichen Zusammenhang mit dem Unternehmen stehen, wie Maschinen, Anlagen, Gewerbebauten, Infrastruktureinrichtungen, Geschäftsausstattungen, Vorprodukte, Handelswaren.

Was unstrittig ist: Das Betriebsvermögen dient der Profitmaximierung. Eine Wertsumme in den Formen des Betriebsvermögens wird eingesetzt, um daraus eine möglichst große Wertsumme zu machen. Es ist kapitalistisches Betriebsvermögen, also Kapital. Ein solches Kapital fungiert in der Produktion von Waren und Dienstleistungen sowie im Groß- und Einzelhandel. Man kann es deshalb auch als fungierendes Kapital bezeichnen, im Unterschied zum Finanzkapital, das auf dem Kredit- und Kapitalmarkt gehandelt wird.

Profitmaximierung heißt umgekehrt: Lohnminimierung, Verlängerung der Arbeitszeit, Steigerung der Arbeitsintensität. Durch Senkung der Lohnkosten soll der Profit steigen. Es besteht also ein Profit-Lohn-Gegensatz, dem der Antagonismus zwischen Lohnarbeit und Kapital entspricht.

Längst ist bewiesen, dass die Arbeit Quelle des Werts ist. Sie schafft den Gesamtprofit, wie dieser sich immer aufteilen mag in die Einkommensarten Unternehmensprofit, Vorstandsvergütung, Zins, Pacht, Miete, Steuer. Der Gesamtprofit ist umso höher, je niedriger die Arbeitslöhne sind. Beispielsweise müsste ein Vollzeitbeschäftigter 150 Jahre arbeiten, um auf die Jahresvergütung eines Dax-Vorstandsvorsitzenden zu kommen. In den USA liegt die Relation derzeit bei 335 Jahren – 1980 lag sie bei 42 Jahren (siehe Tabelle). „Die Einkommensungleichheit in unserem Land ist eine Schande“, bemerkte AFL-CIO-Präsident Richard Trumka, als er seine Studie kommentierte (FAZ vom 19.5.2016). Je mehr die Manager aus den Arbeitern herausholen, desto mehr verdienen sie selbst.

Verteilungsfrage neu stellen

Die Polarität von Besitz und Nichtbesitz im Bereich der Betriebsvermögen hat weitreichende Folgen. Sie bewirkt, dass rd. 90 % der Kernerwerbstätigen abhängig beschäftigt sind, weil sie meist gar kein oder zu wenig Betriebsvermögen besitzen. Sie sind deshalb ökonomisch gezwungen, ihre Arbeitskraft, d. h. ihre körperlichen und geistigen Fähigkeiten gegen Lohn an die Besitzer des Betriebsvermögens zu verkaufen.

Vorstandsvergütungen in Relation zu den Arbeitslöhnen

Deutschland

Vergütung der Vorstandsvorsitzenden der im DAX bzw. MDAX gelisteten Unternehmen (2013):

Ø DAX 5 134 000 €;

Ø MDAX 2 599 000 €

Ø Brutto-Jahresarbeitslohn 2013: 34 071 €

Dax-Vorstandsgehälter zu Lohneinkommen = 150 : 1

USA

Vergütung der Vorstandsvorsitzenden der im S&P-500 gelisteten Unternehmen (2015):

Ø S&P-500 12 400 000 \$.

Ø Einfache Angestellte in der Produktion: 36 900 \$

S&P-500-Vorstandsgehälter zu Lohneinkommen = 335:1

Entsprechendes Verhältnis 1990: 107:1 und 1980: 42 : 1

Quelle: Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e.V. (DSW), FAZ vom 19.5.2016

Von den rd. 10 % Selbständigen gehörten 2014 mehr als die Hälfte zu den Solo-Selbständigen (2,05 Mio.), nur knapp 1,7 Mio. führten ein Unternehmen mit mindestens einem Beschäftigten (Datenreport 2016). Ein Großteil der Selbständigen lebt unter prekären Verhältnissen, während sich hohe Betriebsvermögen und hohe Profite in den Händen weniger konzentrieren.

Die Polarität von Besitz und Nichtbesitz ist das Kernproblem, weshalb sie als das primäre Verteilungsproblem bezeichnet wird. Alle übrigen Verteilungsverhältnisse haben hier ihren Ursprung. Sie markiert die Scheidung zwischen den Produzenten einerseits und den Eigentümern an den Verwirklichungsbedingungen der Arbeit andererseits. Die Primärverteilung umfasst also ein ganzes Produktionsverhältnis, das Verhältnis zwischen Lohnarbeit und Kapital mit dem entsprechenden Verteilungsverhältnis zwischen Lohn- und Profiteinkommen.

Es ist offenkundig kein Naturverhältnis. Es kann verändert werden. Der Hebel der Veränderung muss an der Primärverteilung ansetzen. Dieser spezifische Verteilungskampf kann nur ein einziges Ziel haben: Die Inbesitznahme des Betriebsvermögens durch die in der Produktion kooperativ miteinander verbundenen Produzenten. Die Produktionsmittel würden dann denen gemeinschaftlich gehören, die sie anwendeten, so dass die Polarität von Besitz und Nichtbesitz beseitigt wäre.

Irrtümer in der Verteilungsfrage

Fragen wir noch einmal: Warum ist die Umverteilung von oben nach unten eine linke Utopie geblieben?

Die Antwort liegt auf der Hand: Die Umverteilungsversuche waren nicht radikal genug, sie haben die primäre Verteilung unverändert gelassen. Die Produktionsverhältnisse wurden nicht angegriffen. Wie sollte unter der Voraussetzung gleichbleibender Produktionsverhältnisse die Einkommensverteilung verändert werden? Das ist unmöglich, denn Produktions- und Einkommensverhältnisse bilden eine innere Einheit. Das bloße Herumdoktern an Einkommensverhältnissen mag gut gemeint sein, bewirkt aber nicht viel.

Mit dem Herumdoktern an den Finanzmärkten verhält es sich ähnlich. Solange das fungierende Kapital intakt

ist, benötigt es adäquate Finanzmärkte. Es reproduziert die Aneignungsweisen des Finanzkapitals. Finanzmärkte lassen sich nur radikal einschränken oder gar beseitigen, wenn gleiches auf der Ebene des fungierenden Kapitals geschieht.

Die Illusion besteht schließlich darin, auf den Staat zu vertrauen. Solche Hoffnungen sind weit verbreitet, vor allem in der deutschen Arbeiterbewegung. Ferdinand Lassalle meinte Mitte des 19. Jahrhunderts, die „helfende Hand des Staates“ könnte durch das „allgemeine und direkte Wahlrecht“ in Bewegung gesetzt werden. „Es ist das einzige Mittel“, meinte er, „um die materielle Lage des Arbeiterstandes zu verbessern“ (Offenes Antwortschreiben). Heute, 150 Jahre später, müssen wir leider feststellen: Die „helfende Hand des Staates“ hat sich für die Lohnabhängigen trotz des allgemeinen Wahlrechts als kraftlos erwiesen. Jedenfalls hat sie keine nachhaltige Veränderung der „grausamen Verteilungsverhältnisse“ (Lassalle) bewirkt. Im Gegenteil: Die „helfende Hand des Staates“ wirkt ganz auf der Seite des Kapitals, auf der Seite des Finanz- und fungierenden Kapitals.

Die Verteilungsfrage auf der Ebene des Finanzkapitals

Bislang war vom fungierenden Kapital die Rede, inklusive des darin enthaltenen Verhältnisses von Kapital und Lohnarbeit. Als Träger und Leiter des Geschäfts presst der Unternehmer den Lohnabhängigen den Profit ab. Zugleich füttert er mit diesem Profit Grundeigentümer und verleihende Geldkapitalisten. In seiner Existenzweise wurzeln die entsprechenden leistungslosen Einkommen: Grundrenten (Pacht, Teile der Miete), Zins- und Dividendenzahlungen.

Der Unternehmer benötigt für seine geschäftlichen Operationen Immobilien, über die er entweder selbst als Eigentümer verfügt oder deren Besitz er sich durch Pacht- bzw. Mietverträge sichern muss.

Mietet bzw. pachtet er die Immobilie, muss er aus seinem Überschuss die Grundrente bedienen. Auf diese Weise realisiert der Grundeigentümer kraft seines Eigentums am Grund- und Boden sein leistungsloses Einkommen.

Die Kreditverhältnisse und deren leistungslose Einkommen wurzeln ebenfalls in der Existenzweise des fungierenden Kapitals.

Ein Teil der Kredite ist direkt mit der Handelstätigkeit der Unternehmer, also mit Kauf und Verkauf von Waren verbunden. Es entsteht ein Verhältnis von Gläubiger und Schuldner, sobald die Rechnung erst später bezahlt wird. Ein solcher Handelskredit kann auch als Wertpapier (z. B. Wechsel) verbrieft sein. Wird der Wechsel an die Bank verkauft, tritt an die Stelle des Handelskredits der Bankkredit. Quelle der entsprechenden Zinszahlung ist der Profit.

Der Unternehmer benötigt darüber hinaus Geldkredite. Er braucht kurzfristige Kredite, etwa wenn Verkaufserlöse unzureichend sind, um die eigenen Rechnungen zu bezahlen. Kontokorrentkredite der Banken schaffen hier den Ausgleich.

Darüber hinaus benötigt er Investitionskredite, um ein neues Geschäft zu eröffnen oder das vorhandene zu erweitern. Für diesen langfristigen Zweck nimmt der Unternehmer entweder ein Darlehen bei der Bank in Anspruch oder er emittiert Anleihen, um vom Kapitalmarkt das Geld zu bekommen. „Crowdfunding“ wäre eine weitere Möglichkeit. Auch hier speist der Unternehmer leistungslose Einkommen, indem er Zinsen zahlt.

Bei der Aktienemission wäre der Unternehmer die Quelle künftiger Dividendenzahlungen. Er selbst würde die Manövriermasse und die Anlässe für Spekulationsgeschäfte schaffen.

Zum Finanzkapital bestehen noch weitere Beziehungen. Der Unternehmer selbst liefert einen Teil der Geldmittel, die von ihm selbst oder über Banken in Leihkapital verwandelt werden. Solche Geldmittel stammen aus verschiedenen Quellen: Profite, die vorübergehend nicht benötigt werden, frei werdende Geldmittel im Prozess des Kapitalumschlags.

Darüber hinaus ziehen sich Unternehmer aus dem Geschäft zurück. Durch Verkauf werden sie Geldkaptalist. Ihre Geldvermögen werden von Banken, meist aber von privaten Anlageunternehmen verwaltet. Das klassische Family Office entsteht im Umfeld einer Unternehmerfamilie. Etwa die Hälfte der deutschen Millionäre hat den Großteil des Reichtums als Unternehmer oder Freiberufler verdient.

„Rund 6 000 Menschen mit einem Vermögen von mehr als 30 Millionen Euro je Familie nutzen die Dienste eines Family Office“, schätzt das Analysehaus Investors Marketing.

„Die allermeisten ihrer Kunden sind Unternehmerfamilien, die es zu – selbst für sehr gut bezahlte Angestellte unerreichbaren – Reichtümern gebracht haben. ... Etwa die Erben der Waschmitteldynastie Henkel, die auf diese Weise 8,5 Milliarden Euro steuern lassen.“⁴

Die fungierenden Unternehmen sind also auf vielfache Weise mit dem Finanzkapital verbunden: Sie dienen ihm als Quelle, sie verschaffen ihm Anlagemöglichkeiten, sie finanzieren dessen Verwertung. Die Reproduktion des fungierenden Kapitals schließt die Reproduktion der Klasse der Leihkapitalisten und die der Grundrentner ein.

Lösung des Verteilungsproblems

Halten wir fest: Solange das fungierende Kapital das Betriebsvermögen verwertet, verwertet es zugleich Grundeigentum und Leihkapital. Es speist sämtliche leistungslose Vermögenseinkommen und schafft die Grundvoraussetzungen für Spekulationsgeschäfte. Das gesamte Elend der Verteilungsfrage ist mit der Existenz des fungierenden Kapitals verbunden.

Würde man das fungierende Kapital durch Aneignung des Betriebsvermögens seitens der Produzenten beseitigen, wären nicht nur der Verteilungsantagonismus zwischen Lohnarbeit und Kapital sondern zugleich alle nachgelagerten Verteilungsprobleme behoben.

Die Eigentumstitel etwa in Gestalt von Aktien würden wertlos, sobald sich die Produzenten das Betriebsvermögen aneigneten. Anleihen, die das Unternehmen zur Kreditaufnahme auf dem Kapitalmarkt ausgegeben hatte, würden annulliert. Unternehmenskredite müssten die Banken als uneinbringlich abschreiben.

Der Löwenanteil des fiktiven Kapitals würde wegfallen. Ebenso verschwinden würde das fiktive Kapital, das auf den genannten Eigentums- und Kredittiteln basiert. Derivate wären sofort wertlos. Ebenso alle Indexgeschäfte, die auf Aktien- und Anleihekursen beruhen. Das viel gescholtene Investmentbanking hätte keine Geschäftsgrundlage mehr. Die riesengroßen Finanzvermögen würden sich in Luft auflösen.

Und das Bedeutende dabei: Mit dem Verschwinden der Finanzvermögen würde nicht der geringste Teil des

materiellen Reichtums verloren gehen. Das Finanzkapital würde seinen wahren Charakter offenbaren: Nur fiktives, illusionäres Kapital zu sein. Der wirkliche Reichtum, darunter das Betriebsvermögen, würde unbeschadet fortexistieren.

Mit der Abschaffung des fungierenden Kapitals wäre die Grundlage der leistungslosen Einkommen abgeschafft. Ohne Profit gäbe es keine Unternehmensgewinne, keine Zinsen, keine Dividenden, keine Grundrenten. Die Quelle solcher Einkommen wäre trocken gelegt.

Niemand benötigt Finanzkapital im Arbeitsprozess. Wertpapiere, Geldscheine, Dividenden, Zinsen sind keine Produktionsvoraussetzungen. Der Boden ist zwar wichtig zur Produktion, nicht aber der Eigentümer des Bodens. Die Grundrente als leistungslose Eigentumsform würde sofort verschwinden mit der Beseitigung des Grundeigentums und des Profits.

Durch Umverteilen aus der Krise?

Die radikale Umverteilung löst nicht nur die gegenwärtigen Verteilungskrisen. Sie hilft auch, die Überproduktionskrise endgültig zu beseitigen.

Produktion ohne Rücksicht auf die Schranke des Marktes, dies gehört zum Wesen kapitalistischen Wirtschaftens und führt zum eigentümlichen Phänomen einer allgemeinen Überproduktionskrise. Konsumtions- und Produktionsmittel werden überflüssig, nur weil sie als Waren keinen profitablen Absatz finden. Dies beinhaltet aber gerade nicht Überfluss im Verhältnis zu den Bedürfnissen. Denn in der Überproduktionskrise herrscht besonderer Mangel, der durch Sparprogramme noch verschärft wird.

Die Paradoxie der Krise besteht also in der Gleichzeitigkeit einerseits von Mangel, bis hin zur bitteren Armut und andererseits im Überfluss von exakt den Gütern, die den Mangel sofort beseitigen würden.

Ohne Lösung des primären Verteilungsproblems führt die Krise zur widersinnigen Vernichtung der Waren, die doch so dringend benötigt werden: Produktionsmöglichkeiten werden stillgelegt, produzierte Waren verderben, veralten oder werden vernichtet (u. a. Abwrackprämien, Vernichtung von Lebensmitteln), bis genügend Produktivkräfte und Produkte vernichtet und die Löhne ausreichend gesunken sind, dass eine profitable Produktion wieder möglich wird. Die Lösung ist nur temporär und erfolgt zu dem Preis, dass mit der Lohnsenkung und dem vorübergehenden Profitanstieg die nächste Krise vorbereitet wird.

Erst die Lösung des primären Verteilungsproblems würde die widersinnige Überproduktionskrise abschaffen.

Erstens wäre nicht mehr der Profit die Voraussetzung der Produktion. An der Profit-Schranke könnte sich die Produktion nicht mehr stoßen und würde deshalb auch nicht in eine Depression geraten.

Zweitens wäre der gesamte Produktionsverlauf weniger sprunghaft, würde das Betriebsvermögen nicht länger als Kapital fungieren. Ohne Profit- und Akkumulationstrieb ginge die plötzliche Expansion verloren, die schließlich zur zyklischen Überproduktionskrise führt. Die sich stets reproduzierenden Wechselperioden des Krisenzyklus mit den Phasen der Erholung, Prosperität, Überproduktion, Krise, Depression und schließlich Stagnation/Erholung würden aufhören zu existieren.

Drittens würde mit dem kontinuierlichen statt sprunghaften Produktionsverlauf die Proportionalität der verschiedenen Produktionszweige bestehen bleiben. Für eine gleichmäßige, aufeinander abgestimmte

Produktionsentwicklung könnten die Produzenten selbst sorgen, da sie weder durch das kapitalistische Privateigentum voneinander getrennt noch durch die Konkurrenz untereinander in einen Gegensatz gebracht wären.

Die Lösung des primären Verteilungsproblems würde viertens die Konsumtionskraft der Gesellschaft nicht länger durch die antagonistischen Distributionsverhältnisse beschränken.

Die Konsumtionskraft hätte lediglich zwei Schranken: Die erste Schranke wären die Bedürfnisse selbst. Wenn Sättigung einträte, könnte das Produktionswachstum sofort gestoppt oder gar zurückgeschraubt werden. Wachstumsrücknahme, also „Degrowth“ wäre kein Problem. Durch angemessene Wachstumsrücknahme und entsprechende Arbeitszeitverkürzung könnte Überproduktion gar nicht entstehen.

Die zweite Schranke der Konsumtionskraft wäre die Produktion selbst. Um mehr Bedürfnisse zu befriedigen, müsste die Produktion ausgeweitet werden. Das wäre so ziemlich das Gegenteil einer Überproduktionskrise. Nicht Vernichtung von Waren und Produktivkräften wäre die Lösung, wie in der kapitalistischen Krise, sondern die bedürfnisgerechte Ausweitung der Produktion.

Die radikale Umverteilung, die bis hinunter zur Primärverteilung des Betriebsvermögens als die Wurzel des Problems reicht, beseitigt also nicht nur die grausamen Verteilungsverhältnisse. Sie wäre ebenso das Heilmittel gegen die Wirtschaftskrise in all den bekannten Fassetten: Die radikale Umverteilung würde die Krise sofort lösen ob als Überakkumulationskrise, Überproduktionskrise, Unterkonsumtionskrise, Disproportionalitätskrise oder Finanzmarktkrise.

Fußnoten

1 – R. Luxemburg, Die Akkumulation des Kapitals, Band 5, S. 182

2 – <http://www.attac.de/kampagnen/umverteilen/vermoegensabgabe/verteilungsfragen/>

3 – S. Wagenknecht, Reichtum ohne Gier, S. 65

4 – Family Offices: Millionäre unter sich, vom 01.05.2014
<http://www.finanzen.net/nachricht/private-finanzen/Das-verschwiegene-Geschaeft-Family-Offices-Millionaere-unter-sich-3504849>

Dieser Beitrag wurde publiziert am Donnerstag den 28. Juli 2016
in der Kategorie: [Länder](#), [RSB4](#).